

EVP Pfäffikon:

Ja zum Alterszentrum und zur Sporthalle

Die Pfäffiker EVP hat an ihrer Parteiversammlung die beiden Grossprojekte „Alterszentrum“ und „Sporthalle+“ diskutiert und zu beiden Geschäften einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Gemeinderat Erich Züst informierte die EVP-Parteiversammlung über das bevorstehende Grossprojekt „Alterszentrum Sophie Guyer“. Die Pfäffiker Stimmberechtigten entscheiden am 25. November an der Urne über die Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung als neue Trägerschaft für das Alterszentrum und über ein Gründungskapital von 18,863 Mio. Franken. Diese neue Stiftung wird dann beauftragt, das Ausbauprojekt „Alterszentrum“ mit Gesamtkosten von rund 27 Mio. zu erstellen und dann auch zu betreiben. Das Projekt stiess bei den Anwesenden auf ungeteilte Zustimmung; positiv wurde insbesondere beurteilt, dass mit der neuen Stiftung Wohn- und Pflegeplätze und neue Alterswohnungen von einer Hand erstellt und geführt werden. Damit erhält Pfäffikon ab 2010 eine zweckmässige Lösung für die Betreuung und Pflege der älteren Bevölkerung, die auch für die Zukunft sichergestellt ist.

Ebenso positiv wurde von den EVP-Mitgliedern das zweite Pfäffiker Grossprojekt begrüsst, über das an der Urne im November abgestimmt wird: Gemeinderat Hanspeter Hugentobler erläuterte das Neubauprojekt „Sporthalle+“. Die Sporthalle+ deckt die dringenden Raumbedürfnisse der Schule und der Sportvereine ab und ermöglicht gleichzeitig mit der Zusatzausrüstung „+“, dass hier vier bis sechs kulturelle und gesellschaftliche Grossanlässe pro Jahr mit rund 500 Personen durchgeführt werden können. Mit der Realisierung der Sporthalle+ kann so der erste Teil des Pfäffiker Abstimmungsentscheides von letztem Jahr realisiert werden, für die einzelnen Grossanlässe die neue Sporthalle zu nutzen und für die zahlreichen mittelgrossen Anlässe bis 300 Personen in einer zweiten Phase einen zweckmässigen Dorfsaal zu bauen. Das vorgestellte Sporthallenprojekt wurde von den Anwesenden sehr positiv aufgenommen, besonders gefiel die zweckmässige und gleichzeitig schlichte Bauweise, die sich – auch dank der teilweise unterirdischen Realisierung – harmonisch in die Umgebung eingepasst wird. Die EVP-Parteiversammlung unterstützte den vorliegenden Baukreditantrag von 7,955 Mio. Franken einstimmig, ebenso den Zusatzkredit von 600'000 Franken für das Minergie-Erweiterungspaket mit Sole/Wasser-Erdwärmepumpen. Zu Letzterem wurde bemerkt, dass es in der heutigen Zeit eigentlich selbstverständlich sei, fossile Energieträger wie Öl und Gas mit umweltfreundlichen erneuerbaren Energien zu ersetzen.

Im Weiteren stimmten die Pfäffiker EVP-Mitglieder den übrigen Geschäften der Gemeindeversammlung vom 24. September zu, liessen sich von Paul Knöpfel und Daniel Sigrist über den Start der Arbeitsgruppe Verkehr und von Alex Kündig über das Projekt Erdgasversorgung orientieren und erhielten von EVP-Bezirksparteipräsidentin Käthi Schilling einen Ausblick auf die bevorstehenden National- und Ständeratswahlen. Viel zu diskutieren gab's im Anschluss an die

Informationen von EVP-Ortsparteipräsident Christoph Frei, der über die geplanten Änderungen der bevorstehenden Gemeindeordnungs-Revision informierte. Die Anwesenden äusserten sich mit grosser Mehrheit gegen einer Verkleinerung von Gemeinderat und Schulpflege, da mit der Reduktion kleine Parteien aus diesen Gremien ausgeschlossen würden. Je weniger unterschiedliche Meinungen und Bevölkerungsgruppen jedoch einbezogen würden, umso schlechter entwickelte sich das in Pfäffikon bisher meist konstruktive politische Miteinander und Vorlagen würden wegen mangelnder Abstützung häufiger Schiffbruch erleiden. Zudem befürchteten die Anwesenden, dass durch den Abbau von Behördenmitgliedern einfach mehr Aufgaben in die Verwaltung verschoben würde, was zu deutlichen Mehrkosten führen würde. Zum Vorhaben, die Gemeindewerke in eine kommunale Anstalt öffentlichen Rechts überzuführen, waren die Meinungen geteilt, manchen Mitgliedern schien der Nutzen dieser Veränderung nicht genügend gross zu sein in Anbetracht des Aufwandes, und einzelne Mitglieder wünschten sich auch für die Zukunft die bisherige enge Anbindung der Gemeindewerke an die politische Gemeinde.